

SAMUEL SALZBORN

Geschichtspolitik in den Medien: Die Kontroverse über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“¹

Seit mehreren Monaten wird in der Bundesrepublik intensiv darüber gestritten, ob es ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ geben soll, und wenn ja, an welchem Ort. Nachdem der Bund der Vertriebenen (BdV) als Initiator eines solchen Projekts in der Vergangenheit schon mehrfach versucht hatte, seine Pläne nachhaltig auf die politische Agenda zu setzen, ist nun seit kurzem ein heftiger Streit über das geplante „Zentrum“ entstanden, in dem sich neben deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Politikerinnen und Politikern auch Stimmen aus dem europäischen Ausland zu Wort gemeldet haben. Dass diese vor allem aus Polen und der Tschechischen Republik zu vernehmen sind, ist evident und liegt im historischen und politischen Kontext begründet.

Deutschland habe wieder eine große geschichtspolitische Debatte, resümierte die *Berliner Zeitung* (27. 8. 2003) die bisherige Kontroverse. Die mittlerweile zu attestierende öffentliche und mediale Präsenz der – bei weitem oft alles andere als sachlich geführten – Debatte über ein mögliches Vertreibungszentrum belegt diese These insofern, als die Diskussionen über ein solches Projekt und dessen mögliche Ausrichtung erneut die Frage des öffentlichen Umgangs mit der NS-Vergangenheit und auch mit deren Nachgeschichte ins Blickfeld geschichtspolitischer Analysen rückten. Überdies lassen sich Anzeichen vernehmen, dass bei dem Streit die faktenorientierte Diskussion bestenfalls von sekundärer Bedeutung ist, während die Durchsetzung der politischen Interessen der Vertriebenenverbände auf der einen und die Verhinderung eines potenziellen geschichtspolitischen *rollback* auf der anderen Seite den eigentlichen Kern auszumachen scheinen.

In dem Streit, schrieb kürzlich die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (8. 9. 2003) in Bezug auf die konträren Positionen in der Bundesrepublik, „stehen sich der Bund der Vertriebenen und seine Vorsitzende Steinbach (CDU), die gemeinsam mit Peter Glotz (SPD) und unterstützt von zwei Dutzend Personen des öffentlichen Lebens die Idee des Zentrums in Berlin vorantreibt, und eine Riege von Kritikern gegenüber, zu denen auch Bundeskanzler Schröder (SPD), Bundesaußenminister Fischer (Grüne) und große Teile der politischen Linken gehören“. Auch wenn die *FAZ* die unterschiedlichen Positionen zu stark generalisiert und nicht von zwei, sondern von drei konträren Ansätzen gesprochen werden muss, deutet die Einmischung von politisch hochrangigen Repräsentanten der Bundespolitik bereits darauf hin, dass es sich um eine geschichtspolitische Kontroverse handelt, die nicht nur öffentlich geführt wird, sondern deren Entwicklung auch von erheblichem politischen Interesse ist.

Im Folgenden soll zunächst die Vorgeschichte der diesjährigen Sommerdebatte über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ kurz zusammengefasst werden, um eine Einordnung der aktuellen Debatten zu ermöglichen. Daran anschließend sollen die unterschiedlichen Positionen in dem aktuellen Streit dargestellt, ihre geschichtspolitischen Perspektiven umrissen und ihre wesentlichen Akteurinnen und Akteure benannt werden. Da die Diskussion zwischen den Befürwortern eines auf die deutschen Vertriebenen fokussierten „Zentrums gegen Vertreibungen“, den Fürsprechern eines europäisch ausgerichteten Vertreibungszentrums und grundsätzlichen Gegnern des Projekts bisher fast ausschließlich in den Medien geführt wurde, soll somit anhand der aktuellen Kontroverse um ein solches „Zentrum“ exemplarisch versucht werden, das Themenfeld „Geschichtspolitik in den Medien“ näher zu beleuchten.

Die Vorgeschichte der Debatte

Der BdV machte seine Pläne zur Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ erstmals Mitte 1999 öffentlich – beim „Tag der deutschen Heimatvertriebenen“ in Berlin, der Festveranstaltung der Vertriebenenverbände anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens der Bundesrepublik (der nicht zu verwechseln ist mit den jährlichen „Tagen der Heimat“). Der Termin war medienwirksam gewählt, da zu den Rednern dieser Veranstaltung mit Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) erstmalig ein Repräsentant der im Jahr zuvor mit der Regierungsverantwortung betrauten rot-grünen Koalition gehörte. Schily formulierte in seiner Rede eine deutliche Kritik an der deutschen Linken und ihrem Verhältnis zu den Vertriebenen. Zudem unterstützte er bei dieser Gelegenheit auch ausdrücklich den Vorschlag, in Berlin ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ als „Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen“ zu errichten.²

Auf diese erste öffentliche Ankündigung des Zentrumsprojekts folgte eine längere Pause. Erst ein Jahr später, im Juni 2000, wurde dann vom BdV das Konzept für ein solches „Zentrum“ – ein 21-seitiges Papier – offiziell präsentiert.³ Diesem Papier zufolge soll eine Dauerausstellung den Kern und deutlichen qualitativen wie quantitativen Schwerpunkt des „Zentrums“ bilden. Sie soll den „Schicksalsweg der deutschen Heimatvertriebenen“ zum Thema haben und durch Audio- und Videodokumentationen ergänzt werden. Ferner ist die Darstellung der Aufnahme und Integration der Flüchtlinge in den Bundesländern und im Ausland geplant. Daran anknüpfend soll eine „Dokumentation weltweiter Vertreibungen“ entstehen, wie auch „Wege zur Völkerverständigung und Versöhnung“ aufgezeigt werden sollen. Ergänzt werden diese Aspekte durch Wechselausstellungen sowie eine Bibliothek und ein Archiv. Schließlich plant man auch eine Requiem-Rotunde, die „der Andacht und dem Gedenken“ dienen soll.

Nach der offiziellen Präsentation des Konzepts war das Medienecho in der Bundesrepublik von Zustimmung zu dem Projekt geprägt. So wurde der gemeinhin als plural verstandene Charakter des geplanten „Zentrums“ hervorgehoben, das laut *taz* (5. 8. 2000) „Ort der Mahnung“ sein solle und zum Ausgangspunkt für „Versöhnung und Recht“ werden könnte, wie der *General-Anzeiger* (5./6. 8. 2000) schrieb. Durch die Errichtung des deutschen

¹ Leicht überarbeitete und ergänzte Fassung eines vor dem Arbeitskreis „Geschichte und Politik“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) im Rahmen des Politologentages (22. DVPW-Kongress) vom 22.–25. September 2003 an der Universität Mainz gehaltenen Vortrags. Das Manuskript wurde Anfang Oktober 2003 abgeschlossen.

² Vgl. Otto Schily, Erinnerung und Gedenken finden ihren Sinn im Willen für eine bessere Zukunft, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin v. 1. 6. 1999, S. 368 ff.

³ Vgl. Bund der Vertriebenen (Hrsg.), Zentrum gegen Vertreibungen (Konzeption), Bonn 2000.

„Mahnzentrums“ wachse das politische und gesellschaftliche „Verständnis für die Heimatvertriebenen“, hieß es in der Presse.⁴ Am 6. September 2000 wurde dann offiziell die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ gegründet, deren Titel inzwischen geschützt ist.

Nach Vorlage des Konzepts wurde eine offizielle Stellungnahme der Bundesregierung erwartet, die Bundeskanzler Schröder in seiner Rede beim „Tag der Heimat“ im Herbst 2000 abgab. Darin betonte Schröder entgegen den vorherigen Äußerungen seines Innenministers, dass die Bundesregierung dem Plan für eine „zusätzliche zentrale Gedenkstätte zurückhaltend“ gegenüberstehe.⁵ Von Vertriebenen-seite wurde dies als Absage für das „Zentrum“ interpretiert, zugleich aber erklärt, dass man unverändert an dem Projekt festhalten werde.⁶ Während sich in der Stellungnahme von Vertriebenen-seite bereits eine grundsätzliche Dialogverweigerung andeutete – schließlich wollte man ungeachtet der Haltung der Bundesregierung *unverändert* an den eigenen Plänen festhalten –, drückte Schröders Position zu diesem Zeitpunkt zunächst nur eine temporäre Zurückhaltung aus. Dies bekräftigte auch der damalige Kulturstaatsminister Michael Naumann, als er im September 2000 betonte, dass die Bundesregierung über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ erst in einigen Jahren entscheiden werde.⁷ Ferner erklärte die Bundesregierung, dass das von den Vertriebenenverbänden vorgelegte Konzept für das „Zentrum gegen Vertreibungen“ noch nicht hinreichend erkennen lasse, ob die wissenschaftlichen und museologischen Kriterien, die bei „gesamtstaatlich bedeutenden Vorhaben zu Teilbereichen der deutschen Geschichte“ angelegt werden müssten, ausreichend erfüllt seien, weshalb sie erst nach Klärung dieser Fragen „inhaltlich zu dem Vorhaben Stellung nehmen“ werde. Das gute nachbarschaftliche Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten spiele dabei eine „wesentliche Rolle“.⁸

Dass die Unionsfraktion zu dieser Frage eine völlig andere Haltung einnahm, zeigte ein im Frühjahr 2002 vorgelegter Entschließungsantrag, nach dem der Bundestag seine Zustimmung zu dem von den Vertriebenenverbänden geplanten „Zentrum“ erklären sowie dessen finanzielle Protektion zusichern sollte.⁹ Die Mitte Mai 2002 anberaumte Bundestagsdebatte über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ bestätigte die konkurrierenden Positionen der Parteien.¹⁰ Während sich die Regierungskoalition in einem separaten Antrag für die Einbindung eines potenziellen Vertreibungszentrums in einen europäischen Rahmen mit gemeinsamer europäischer Diskussion und somit langer Vorlaufzeit aussprach,¹¹ beharrte die Unionsfraktion auf dem originär deutschen Modell und dessen zügiger Realisierung. Auch der erstmals Anfang 2002 von dem SPD-Bundestagsabgeordneten Markus Meckel geäußerte Vorschlag, ein entsprechendes Zentrum nicht in Berlin, sondern alternativ im polnischen Wrocław zu errichten, stieß auf Ablehnung bei den Initiatoren.

4 Vgl.: Steinbach wirbt für Mahnzentrum, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 5. 8. 2000; Stefan Hupka, Noch ein Mahnzentrum in Berlin?, in: Badische Zeitung v. 8. 8. 2000; Zentrum soll Mahnung sein, in: Neue Ruhr Zeitung v. 4. 8. 2000; Rudolf Grimm, Das Verständnis für die Heimatvertriebenen wächst, in: Frankfurter Neue Presse v. 5. 8. 2000.

5 Vgl. Gerhard Schröder, Rede anlässlich des 50. Jahrestages der Charta der deutschen Heimatvertriebenen am Tag der Heimat am Sonntag, 3. September 2000, in Berlin (Redemanuskript), S. 10.

6 Vgl. Erika Steinbach, BdV wirbt landauf/landab für Zentrum gegen Vertreibungen, Pressemitteilung v. 5. 9. 2000.

7 Vgl. Lt., Naumann hat Bedenken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 21. 9. 2000; mh, Naumann wirft Steinbach „unguten Stil“ vor, in: Süddeutsche Zeitung v. 21. 9. 2000.

8 Vgl. Bundestagsdrucksache 14/3922 v. 21. 7. 2000, S. 2.

9 Vgl. Bundestagsdrucksache 14/8594 v. 19. 3. 2002, S. 1 f.

10 Vgl. Plenarprotokoll 14/236 v. 16. 5. 2002.

11 Vgl. Bundestagsdrucksache 14/9033 v. 14. 5. 2002, S. 1.

Die konkurrierenden Positionen

Nachdem die öffentliche Auseinandersetzung über das geplante „Zentrum“ seit der Bundestagsdebatte etwas eingeschlafen war, unternahm der BdV Mitte 2003 den Versuch, sein Projekt durch mehrere Podiumsdiskussionen wieder gezielt in die Öffentlichkeit zu bringen – mit Erfolg. Seit dem Frühsommer 2003 ist aus den kleineren Kontroversen eine große mediale Debatte um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ geworden, bei der sich drei unterschiedliche Standpunkte herausgebildet haben: Die deutschen Vertriebenenverbände wollen es als deutsches Opferzentrum in Berlin errichten, eine Gruppe um den SPD-Bundestagsabgeordneten Meckel fordert eine europäische Lösung, und kürzlich ist eine wissenschaftliche Initiative an die Öffentlichkeit getreten, die die Errichtung eines solchen „Zentrums“ generell ablehnt.

Ansatz 1: Deutsches Opferzentrum

Die BdV-Präsidentin und CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach hat von Anfang an keinen Hehl daraus gemacht, mit welcher Intention und mit welchen Erwartungen die Vertriebenenverbände ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ etablieren wollen. In „geschichtlicher und räumlicher Nähe“ zum Holocaust-Mahnmal soll es in der Bundeshauptstadt entstehen, erklärte sie gegenüber der *Leipziger Volkszeitung* (29. 5. 2000). Konzeptionelles Vorbild für das Projekt sei das US-Holocaust Memorial Museum in Washington. Die Botschaft dieser Aussage ist an Deutlichkeit kaum zu überbieten: Man sucht die „geschichtliche“ Nähe zum deutschen Massenmord an den europäischen Juden, genauer gesagt: die Nähe zu deren Opferstatus. Man selbst sei Opfer gewesen und stehe historisch auf einer Stufe mit den ermordeten Jüdinnen und Juden. Steinbach formuliert das so: „Im Grunde genommen ergänzen sich die Themen Juden und Vertriebene miteinander. Dieser entmenschte Rassenwahn hier wie dort, der soll auch Thema in unserem Zentrum sein.“¹²

Diese Verdrehung der Geschichte ist charakteristisch für die Vertriebenenposition, die insgesamt als ein Modell der historischen Entkontextualisierung beschrieben werden kann.¹³ Der kausale Zusammenhang von Flucht und Vertreibung der Deutschen zur vorangegangenen NS-Volkstums- und Vernichtungspolitik wird ebenso wenig thematisiert wie der Umstand, dass die Ausweisung der Deutschen dem damaligen Verständnis folgend das künftige Konfliktpotenzial in Osteuropa verringern sollte. Denn die deutschen Minderheiten (oder „Volksdeutschen“, wie es damals hieß) hatten bekanntermaßen in Osteuropa während des Nationalsozialismus soziale und politische Konflikte geschürt, auf denen die NS-Außenpolitik zumindest so lange basierte, wie diese ihre Interessen noch nicht auf kriegerischem Weg verfolgte. Dass die Volkstumspolitik, die zu Flucht und Vertreibung der Deutschen führen sollte, letztlich konstitutiv für die Vorbereitung und Umsetzung der deutschen Eroberungs- und Vernichtungspolitik war, wird in den Konzepten der Vertriebenenverbände faktisch negiert. Von Vertriebenen-seite wird hingegen der menschenrechts-

12 Erika Steinbach, zit. nach: Dieter Wonka, Vertriebene für Gedenkstätte neben Holocaust-Mahnmal, in: Leipziger Volkszeitung v. 29. 5. 2000.

13 Vgl. hierzu ausführlich: Samuel Salzborn, Opfer, Tabu, Kollektivschuld. Über Motive deutscher Obsession, in: Michael Klundt u. a., Erinnern, verdrängen, vergessen. Geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert, Gießen 2003, S. 17 ff.

widrige Charakter von Vertreibungen und Bevölkerungstransfers im Allgemeinen betont und auf die Gewalttaten und Exzesse hingewiesen, zu denen es während Flucht und Vertreibung gekommen ist.

Auf den entkontextualisierenden Ansatz der Vertriebenenverbände hat auch die Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, Gesine Schwan, gegenüber der *Mitteldeutschen Zeitung* (25. 7. 2003) hingewiesen, als sie sagte, dass BdV-Präsidentin Steinbach „ein komplementäres Denkmal zum Holocaust-Mahnmal“ schaffen wolle und dass im Vertriebenenkonzept alle europäischen Elemente „bloßes Etikett“ seien. Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangte auch der Osteuropahistoriker Philipp Ther, der die europäische Komponente im BdV-Konzept ebenfalls als „Etikettenschwindel“ versteht¹⁴ und in einem Beitrag in der *Süddeutschen Zeitung* (23. 7. 2003) betonte, dass es bei diesem „Prestigeprojekt“ des BdV „in erster Linie um eine nationale Martyrologie“ gehe. Ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ unter Führung der Vertriebenenverbände in Berlin würde, so Ther, „erheblichen außenpolitischen Schaden anrichten. Und auch innenpolitisch würde es einen Paradigmenwechsel einleiten, weil sich die Deutschen darin lauthals als Opfer der Geschichte präsentieren“. Die *Sächsische Zeitung* kommentierte: „Deutlicher lässt sich kaum ausdrücken, worum es dem Bund der Vertriebenen (BdV) geht: Um ein Zentrum, bei dem die Vertreibung der Deutschen nach dem Ende des 2. Weltkrieges im Mittelpunkt steht. Dies aber sollte nicht nur stutzig machen – es sollte ganz einfach verhindert werden. Eine Organisation, die seit Jahrzehnten immer wieder einmal Probleme im Umgang mit historischen Ursachen und Wirkungen hat, darf nicht mit der alleinigen Trägerschaft eines solch politisch hochsensiblen Projekts betraut werden.“¹⁵

Ungeachtet aller Kritik hält der Bund der Vertriebenen an seinem Führungsanspruch für ein Vertreibungszentrum fest und beharrt kategorisch darauf, dass nur ein Standort dafür in Frage komme, nämlich Berlin: „Das Zentrum gegen Vertreibungen ist zunächst eine innenpolitische Angelegenheit Deutschlands. Es geht darum, den deutschen Vertriebenen jenes Maß an Mitgefühl zu signalisieren, das ihnen in den letzten Jahrzehnten weitgehend verweigert wurde.“¹⁶

Während die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (16. 7. 2003) lediglich vor einer „verfrühten Europäisierung“ des Projekts warnte und damit verdeutlichte, dass diese zu einem späteren Zeitpunkt auch aus konservativer Perspektive denkbar wäre, beharren die Vertriebenenverbände auf ihrer Position. Auch wenn die rot-grüne Bundesregierung ein europäisches Projekt bevorzugt, besteht Vertriebenen-Chefin Steinbach auf einer „gesonderten Würdigung der deutschen Opfer“, wie die *taz* bereits im vergangenen Jahr schrieb (4. 7. 2002). Das „Zentrum“ werde, so Steinbach kürzlich, definitiv in Berlin entstehen – ganz gleich, ob mit oder ohne Unterstützung der Bundesregierung und unabhängig von der Haltung des Auslandes oder wissenschaftlichen Einwänden. Gegenüber der *Welt am Sonntag* (17. 8. 2003) erklärte sie schroff: „Unsere europäischen Nachbarn müssen damit leben, dass es Vertreibung Deutscher gegeben hat und sie müssen sich zurückhalten, wenn man in Deutschland der deutschen Opfer gedenken will.“

¹⁴ Philipp Ther, zit. nach: Frank Herold, Vom Umgang mit einer europäischen Tragödie, in: Berliner Zeitung v. 5. 9. 2003.

¹⁵ Sächsische Zeitung, zit. n.: Sächsische Zeitung (Dresden) zu Vertreibungs-Zentrum, dpa-Meldung v. 17. 7. 2003.

¹⁶ Bund der Vertriebenen, Ein nationales und ein europäisches Anliegen, Pressemitteilung v. 13. 8. 2003.

Neben Vertretern aus dem Vertriebenenumfeld (wie z. B. Otto Habsburg oder Dieter Blumenwitz) gehört zu den Unterstützern eines deutschen „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin als prominenteste Person der SPD-Politiker Peter Glotz. In einer in der *FAZ* vom 4. September 2003 veröffentlichten Anzeige erklärten unter dem Slogan „Wir wollen das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin“ aktuell insgesamt zwanzig Personen ihre Zustimmung zu den Plänen der Vertriebenenverbände, darunter Peter Scholl-Latour, Joachim Gauck, Arnulf Baring, Horst Möller, Udo Lattek, Michael Wolffsohn und Freya Klier.

Verschiedene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, aber auch Politikerinnen und Politiker haben sich – obgleich von der ursprünglichen Idee eines solchen „Zentrums“ angeht – seit Bekanntwerden der konzeptionellen Details von den Plänen der Vertriebenenstiftung distanziert. Und auch wenn Bundesinnenminister Schily noch immer einen Dialog mit den Vertriebenenverbänden für sinnvoll und notwendig erachtet,¹⁷ haben jüngste Äußerungen von Bundeskanzler Schröder, Außenminister Fischer und Bundespräsident Rau gezeigt, dass die Wahrscheinlichkeit einer offiziellen und finanziellen Unterstützung durch die Bundesregierung für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin immer geringer wird.

Die „große Sensibilität“, die Gerhard Schröder noch im Herbst vergangenen Jahres im Interview mit dem *Tagesspiegel* hinsichtlich der Debatten über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ eingefordert hatte (15. 8. 2002), scheint auf Vertriebenenseite endgültig abhanden gekommen zu sein. Gegenüber dem *Spiegel* (online 13. 8. 2003) sprach sich der Kanzler jetzt deutlich gegen ein solches „Zentrum“ in Berlin aus, da der Standort Gefahr laufe, „allzu einseitig das Unrecht, das Deutschen widerfahren ist, in den Vordergrund der Debatte über Vertreibungen zu stellen und dabei zu sehr auszublenden, welches die historischen Ursachen sind“. Außenminister Fischer erklärte in einem viel beachteten Interview in der *Zeit* (28. 8. 2003) kurz und bündig: „Der BdV taugt nicht als Museumsdirektor.“ Ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin, so Fischer, berge die Gefahr, „letztlich auf das Umschreiben von Geschichte“ hinauszulaufen und damit „eine Täter-Opfer-Verkehrung“ vorzunehmen. Wenngleich im Ton diplomatischer, war die Stellungnahme von Johannes Rau in seiner kürzlich beim „Tag der Heimat“ des BdV gehaltenen Rede ebenfalls eine deutliche Absage an eine deutsch-zentrierte Vertreibungsstätte.¹⁸

Ansatz 2: Europäisches Vertreibungszentrum

Als Gegenmodell zu einem „deutschen“ Vertreibungszentrum wurde wiederholt eine ähnliche Institution mit europäischer Ausrichtung ins Gespräch gebracht. Im Juli 2003 war eine Initiative um den SPD-Bundestagsabgeordneten Meckel mit einem Aufruf unter dem Titel „Gemeinsame Erinnerung als Schritt in die Zukunft. Für ein Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen, Zwangsaussiedlungen und Deportationen“ an die Öffentlichkeit getreten, ein Titel, der als die zentrale Stellungnahme dieses geschichtspolitischen Ansatzes anzusehen ist.¹⁹ Dessen wesentliche Passagen seien hier auszugsweise zitiert: „Aus unserer heutigen Sicht sind Vertreibungen, Zwangsumsiedlungen und Deportationen Unrecht und

¹⁷ Vgl. Otto Schily, „Lagerdenken ist völlig unangemessen“, Interview in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 6. 9. 2003.

¹⁸ Vgl. Johannes Rau, Rede beim Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen am 6. September 2003 in Berlin, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin v. 12. 9. 2003, S. 13f.

¹⁹ Der Aufruf ist im Internet verfügbar unter <http://www.markus-meckel.de>.

deshalb abzulehnen. [...] Wir setzen uns für ein Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen ein – als Dokumentations-, Forschungs- und Begegnungsstätte. [...] Die Gestaltung eines solchen Zentrums als vorwiegend nationales Projekt, wie es in Deutschland die Stiftung der Heimatvertriebenen plant, ruft das Misstrauen der Nachbarn hervor und kann nicht im gemeinsamen Interesse unserer Länder sein. Es birgt die Gefahr, das Leid der Einen gegen das Leid der Anderen aufzurechnen und die sehr unterschiedlichen Ursachen und Kontexte von Vertreibungen, Zwangsumsiedlungen und Deportationen zu vernachlässigen.“ Unterzeichnet wurde der Aufruf von 65 Politikern und Intellektuellen, darunter Detlef Brandes, Bernd Faulenbach, Günter Grass, Wladyslaw Bartoszewski, Jaroslav Kucera, Hans Lemberg, Hans Mommsen, Rita Süsmuth und Wolfgang Thierse.

Auch wenn die Gruppe um Meckel an dem vorgegebenen Paradigma eines Vertreibungszentrums festhält, so soll es doch als gemeinsames europäisches Projekt verwirklicht werden. Die Frage der konkreten Konzeption, Trägerschaft, Organisationsstruktur und des Ortes wird bewusst offen gelassen, weil sie erst im europäischen Dialog ermittelt werden soll. Überdies weisen die Befürworter dieses Modells auf die Mannigfaltigkeit der Ursachen von Flucht und Vertreibung in der Geschichte hin sowie auf die Notwendigkeit, die jeweiligen historischen Kontexte zu berücksichtigen. Dem deutschnationalen Fokus mit revisionistischer Intention wird damit deutlich entgegengetreten.

Während Erika Steinbach den Aufruf für ein „Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen“ gegenüber der *Welt* (16. 7. 2003) als Projekt charakterisierte, das „politisch leicht zu durchschauen“ sei, da es sich lediglich um eine „Verhinderungsstrategie zu Lasten der deutschen Heimatvertriebenen“ handle, warf der konservative Historiker und Befürworter der BdV-Variante, Arnulf Baring, Meckel in der *Welt am Sonntag* (27. 7. 2003) vor, „mutwillig Unfrieden“ stiften zu wollen. Im Interview mit der rechtsextremen Wochenzeitung *Junge Freiheit* (19. 9. 2003) unterstellte Steinbach sogar, Meckel habe „von Deutschland aus in Richtung Polen und Tschechische Republik Ängste geschürt“ und damit quasi den Protest inszeniert, zu dem es sonst so nicht gekommen wäre.

Eine ernst zu nehmende Auseinandersetzung mit dem Vorschlag der Europäisierung hat es von Vertriebenenseite nicht gegeben – wenn man von der wiederholt vorgetragenen taktischen Behauptung absieht, ihr Projekt erhebe europäischen Anspruch. Bei einer grundsätzlich europäischen Ausrichtung, schrieb die *Süddeutsche Zeitung* (11. 9. 2003), verlöre der BdV die „historische Deutungshoheit, die er sich von einem Zentrum unter seiner Obhut erhofft“.

Eine ähnliche Richtung wie die Befürworter des „Europäischen Zentrums gegen Vertreibungen“ hatten bereits rund 40 Osteuropahistoriker im Rahmen eines wissenschaftlichen Kolloquiums im Dezember 2002 in Darmstadt eingeschlagen.²⁰ Der bereits dort geforderte transnational vergleichende und multidisziplinäre Diskurs, der frei von kurzfristigen politischen Verwertungsinteressen sein müsse, war von Vertriebenenseite in Person von Herbert Hupka (dem langjährigen Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien) als „pseudowissenschaftliches Kauderwelsch“ abgetan worden.²¹

²⁰ Vgl. Dieter Bingen/Stefan Troebst/Włodzimierz Borodziej, Erklärung zum internationalen wissenschaftlichen Kolloquium „Ein europäisches Zentrum gegen Vertreibungen. Historische Erfahrungen – Erinnerungspolitik – Zukunftskonzeptionen“ (Darmstadt 5. bis 7. Dezember 2002), abgedruckt in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51 (2003), Heft 1, S. 102 ff.

²¹ Herbert Hupka, zit. nach: Peter Richter, Vertreibung – erst die alten Geister, in: *Neues Deutschland* v. 1. 8. 2003.

Ansatz 3: Generelle Ablehnung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“

Neben einer europäischen Alternative zu einem deutschen Vertreibungszentrum wurde bereits frühzeitig die Frage aufgeworfen, ob nicht besser ganz auf eine solche Einrichtung verzichtet werden sollte. Die Kritik zielte darauf, dass ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ die Gefahr der historischen Entkontextualisierung in sich berge und dass zudem der Topos „Vertreibung“ ein falscher Gesamtfokus für die Analyse des 20. Jahrhunderts sei. Das für Vertreibungen charakteristische Faktum der Gewalt könnte instrumentalisiert werden, so die Kritik, um generell von politischen Ursachen und historischen Zusammenhängen abzulenken. Insofern wurde bereits der wissenschaftstheoretische Grundansatz kritisiert und für eine generell andere historische Perspektive plädiert.

Die erste in der Intention einer grundsätzlichen Ablehnung verfasste mediale Initiative wurde von sieben Politologen und Historikern aus Deutschland und Polen unter dem Titel „Deutsche Unfähigkeit zum besonnenen Diskurs über die Geschichte“ bereits im Spätsommer des Jahres 2002 in der *Frankfurter Rundschau* (4. 7. 2002) veröffentlicht. Neben der Leiterin der Arbeitsstelle Ostmitteleuropa der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Andrea Gawrich, gehörten zu den Unterzeichnern der Chefredakteur des deutsch-polnischen Magazins *Dialog*, Basil Kerski, und die Direktorin des Westinstituts in Poznań, Anna Wolff-Powęska. In dem Text wurde der Begriff „Vertreibung“ als „an sich schon umstritten“ bemängelt und darauf hingewiesen, dass es sich bei der Behauptung von Vertriebenenseite, die Erinnerung an Flucht und Vertreibung sei tabuisiert gewesen, eher um einen Mythos handle. Überdies wurde der Debatte ein „eigenartiger Fatalismus“ attestiert, da ein solches „Zentrum“ noch kurz zuvor fast einhellig als unnötig und schädlich abgelehnt worden sei und bisher keine neuen Argumente auf den Tisch gekommen seien, die dafür sprächen.

Auch der Vorschlag zur Errichtung eines „Europäischen Zentrums gegen Vertreibungen“ änderte nichts an der Fortexistenz der grundsätzlichen Kritik. In der *Frankfurter Rundschau* (21. 8. 2003) hieß es Ende August: „Der Haken an dieser [Meckels] Initiative ist, dass sie bei allen guten Absichten den notwendigen Kontext historisch-konkreter Erinnerung an Kriegs- und Vertreibungsunrecht verfehlen muss. Als Reaktion auf die Steinbach-Initiative wirkt sie wie der hastige Versuch einer Schadensbegrenzung und Beruhigung der kritischen Stimmen aus Mitteleuropa und aus Deutschland selbst.“ An gleicher Stelle hatten einige Wochen zuvor bereits die Osteuropahistoriker Eva Hahn und Hans Henning Hahn das Projekt eines Vertreibungszentrums generell kritisiert und betont, dass das Schlagwort „ethnische Säuberungen“, auf das sich der Vertreibungsdiskurs gründe, zur Verschleierung historischer und politischer Zusammenhänge diene. Denn dieses Schlagwort suggeriere, dass die „Sehnsucht nach ethnischer Homogenität“ der Hauptgrund für die Gegner Hitlerdeutschlands gewesen sei, „deutsche Minderheiten aus Osteuropa auszusiedeln“. Dabei werde jedoch unterschlagen, dass es der „großdeutsch-völkische Unwille, die Multikulturalität des östlichen Europa zu akzeptieren und zu respektieren“, gewesen sei, der die „ethnische Säuberung Ostmitteleuropas herbeigeführt“ habe.²²

²² Vgl. Eva Hahn/Hans Henning Hahn, Erst die deutschen Hausaufgaben machen. Die zwei Projekte für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ sind nur vor dem Hintergrund einer unaufrichtigen Vertriebenenpolitik verständlich, in: *Frankfurter Rundschau* v. 25. 7. 2003.

Am deutlichsten öffentlich wahrnehmbar wurde die grundsätzliche Ablehnung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ dann mit einem zeitgleich in der polnischen Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* und der tschechischen Tageszeitung *Lidové noviny* am 4. September dieses Jahres veröffentlichten internationalen Aufruf.²³ Darin kritisierten 116 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus zwölf Ländern die bisherige Debatte und forderten eine europäische Aufarbeitung der Vergangenheit, die sich auf einen „pluralen, kritischen und aufgeklärten Diskurs“ gründen müsse. Ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ werde der kritischen Aufarbeitung der Vergangenheit hingegen nicht nutzen. Stattdessen würden die unterschiedlichen Erfahrungen der europäischen Nationen in Frage gestellt, damit werde die europäische Integration behindert. Es bestehe die Gefahr einer „staatlich sanktionierten Umdeutung der Vergangenheit“, einer Revision der Geschichte und der „Torpedierung eines auf europäischen Dialog angelegten gesellschaftlichen und politischen Diskurses“. Die nationalsozialistische Volkstums- und Vernichtungspolitik werde als Ursache von Flucht und Vertreibung der Deutschen ausgeblendet. Damit drohe die Gefahr einer Ethnisierung von gesellschaftlichen Konflikten in der Gegenwart, also der Umdeutung von politischen und sozialen Kontroversen in ethnische Konflikte und die Durchsetzung eines völkischen Gesellschafts- und Politikverständnisses.

Unterzeichnet wurde der Aufruf unter anderem von Micha Brumlik, Anton Pelinka, Georg G. Iggers, Michael Burleigh, Peter Demetz, Ronald Smelser, Hartmut Lehmann, Klaus Zernack, Hubert Orłowski, Jan Maria Piskorski und Miroslav Hroch. Bemerkenswert bei der Diskursentwicklung war zudem, dass einige der Unterstützer des Meckel-Appells nun auch diese generelle Ablehnung unterzeichneten – so Marek Edelman, der letzte lebende Anführer des Warschauer Ghetto-Aufstands von 1943, und der ehemalige polnische Außenminister Bronisław Geremek. Insofern muss von einer deutlichen Diskursverschiebung vor allem hinsichtlich der polnischen Haltung zu einem „Zentrum gegen Vertreibungen“ ausgegangen werden. Ausdruck dieses Wandels ist auch, dass das „Zentrum“ in Polen immer öfter als „Zentrum gegen Versöhnung“ bezeichnet wird.²⁴

Vorläufiges Zwischenfazit

Da die Debatte über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ mit großer Wahrscheinlichkeit noch längere Zeit anhalten wird, wäre es verfrüht, bereits an dieser Stelle ein abschließendes Resümee zu formulieren. Dieses Zwischenfazit knüpft somit an die in dem von Jürgen Danyel und Philipp Ther herausgegebenen Schwerpunkttheft der *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (1/2003) zum Thema „Flucht und Vertreibung in europäischer Perspektive“ formulierten Analysen zu den Debatten über ein Vertreibungszentrum an; der Fokus wird an dieser Stelle aber vor allem auf diejenigen Aspekte und signifikanten Momente der Kontroverse gelegt, die unter dem Blickwinkel des medialen und öffentlichen Charakters der geschichtspolitischen Debatte über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ besonders bemerkenswert sind.

²³ Der Aufruf ist im Internet verfügbar unter <http://www.vertreibungszentrum.de>. Die Zahl der Unterzeichner/innen hat – wie auch im Fall des Meckel-Aufrufs – mittlerweile zugenommen, sodass es sich bei den Zahlenangaben jeweils um die Erstunterzeichner/innen der beiden Aufrufe handelt.

²⁴ Vgl. Gabriele Lesser, Zentrum gegen Versöhnung. Warum das Nazi-Bild von Erika Steinbach in Polen Anklang findet, in: die tageszeitung v. 19. 9. 2003.

Erstens fällt auf, dass alle drei geschichtspolitischen Ansätze in der „Zentrums“-Debatte einen öffentlichen Diskurs fordern, wobei das hierfür als relevant erachtete Thema stark differiert. Ganz gleich, welchen Standpunkt man in der Debatte *inhaltlich* einnehmen mag, fällt bei dieser Forderung auf, dass es sich bisher um einen hoch spezialisierten Elitendiskurs handelt, den – und hier sei die Zahl bewusst hoch angesetzt – vielleicht tausend Expertinnen und Experten in Wissenschaft und Politik detailliert verfolgen und mitgestalten. Von einem europäischen Dialog, der in einer so zentralen geschichtspolitischen Frage dringend geboten wäre, kann bisher bestenfalls in Ansätzen die Rede sein. Insofern handelt es sich um eine Kontroverse, der in weiten Teilen die gesellschaftliche Rückkoppelung fehlt und die nur in einzelnen nationalen Diskursen (etwa dem polnischen und mit einigen Abstrichen auch dem tschechischen) tatsächlich durch die Vermittlung der Medien zu einer breiteren gesellschaftlichen Debatte geführt hat. Die in den Medien festzustellende mangelnde Transparenz der politischen und historischen Argumente sowie der von den unterschiedlichen Interessengruppen angewandten vergangenheitspolitischen Strategien, aber auch die durch den medialen Charakter der Debatte bedingte Schwierigkeit einer geschichtspolitischen Einordnungsmöglichkeit der Akteurinnen und Akteure durch eine breite gesellschaftliche Öffentlichkeit dürften somit signifikante Elemente für die mediale Kontroverse über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ sein.

Als *zweites* Moment erscheint der Modus der medialen Vermittlung der Debatte interessant. Es gibt kaum eine europäische Großstadt, deren Namen noch nicht als möglicher Standort für ein Vertreibungszentrum in den Medien genannt worden wäre. Dies veranlasste eine der beiden führenden polnischen Tageszeitungen, die *Rzeczpospolita* (8. 9. 2003) zu dem sarkastischen Kommentar, dass der richtige Ort für das „Zentrum“ weder Berlin noch Wrocław oder Sarajevo sei, sondern Ibiza – als Ort, von dem die Deutschen gegenwärtigen Mallorca vertrieben würden. Dies bringt, wenn auch in der Tat satirisch stark überspitzt, ein zentrales Problem auf den Punkt: die Abwesenheit einer *substanziellen inhaltlichen Kontroverse* über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“. Statt über konkurrierende Interpretationen von Flucht und Vertreibung der Deutschen sowie die NS-Vorgeschichte zu streiten und dabei zunächst offen zu lassen, ob ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ überhaupt nötig ist (was bei einer ergebnisoffenen Debatte gleichermaßen eine Entscheidung für wie gegen ein solches Projekt bedeuten könnte), erscheint fast täglich in den Medien ein neuer Vorschlag für einen Ort der Platzierung eines solchen „Zentrums“. Insofern wird die Diskussion medial auf eine Standortfrage verkürzt, in der Aufmerksamkeit denjenigen zuteil wird, die besonders ausgefallene oder plakative Vorschläge machen. Da andererseits jeder Ortsvorschlag aber auch eine symbolische Codierung beinhaltet und die Nennung eines möglichen Sitzes für ein Vertreibungszentrum Rückschlüsse auf einen vergangenheitspolitischen Standort zulässt, werden zugleich individuelle und kollektive Assoziationen aus dem Unbewussten abgerufen und mobilisiert, ohne dass diese politisch hinterfragt oder historisch reflektiert würden.

Und *drittens* schließlich ist geschichtspolitisch betrachtet auch die Rezeption der Debatten über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ und die Akzentuierung der konkurrierenden Positionen in den Medien außerordentlich beachtenswert. Der Bund der Vertriebenen – ein Interessenverband in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins – hat einen Vorschlag zur Errichtung einer Gedenkstätte gemacht, der zunächst lediglich seiner subjektiven Geschichtsinterpretation entspricht. Das ist legitim und folgt dem Interesse des Verbandes.

Daraufhin lehnte eine Reihe von prominenten Persönlichkeiten eine deutschnationale Verengung des Blicks ab und plädierte für eine europäische Alternative. Nachdem die Debatte zwischen diesen beiden Positionen einige Zeit die Medien besetzt hatte, meldete sich eine wissenschaftliche Initiative zu Wort, die die Errichtung eines „Zentrums“ grundsätzlich ablehnte und stattdessen für einen kritischen Vergangenheitsdiskurs plädierte. Diese Initiative war fast allen deutschen Medien – im Gegensatz zur Vertriebenenposition – nur eine kurze Meldung wert. Damit war es einem politischen Interessenverband gelungen, sein Projekt derart im öffentlichen Diskurs zu verankern, dass zumindest eine grundsätzliche Ablehnung nicht mehr als diskursfähig erscheint – obgleich bisher öffentlich keine ausführliche inhaltliche Kontroverse über das Thema stattgefunden hat.

Die mediale Debatte über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ hat somit eine durchaus problematische Eigendynamik entwickelt, in der der BdV sich von seiner Rolle als Interessenverband zum generösen Richter über die Vergangenheit aufzuschwingen und dabei den aus der moralischen Privilegierung des Opferstatus resultierenden „politischen Mehrwert“ (Herfried Münkler)²⁵ einzustreichen versucht. Der Eingriff in den Prozess der politischen Willensbildung durch die Vertriebenenverbände soll – obgleich subjektiv konstituiert – normativ wirken und unterstellt die eigene Position implizit bereits als gesellschaftlichen Konsens.

Den Gipfel der Anmaßung – man kann es nicht anders nennen – stellten dabei die Äußerungen der BdV-Präsidentin Steinbach beim „Tag der Heimat“ 2003 dar, als sie jovial gegenüber der Bundesregierung und den Nachbarstaaten eine „Einladung“ aussprach, durch „Rat und Tat“ an dem „Zentrum gegen Vertreibungen“ mitzuwirken – wohl bemerkt bei Verwendung des Vertriebenenkonzepts und bei Ausschluss eines anderen Standortes als Berlin. Und Steinbach wörtlich weiter: „An den deutschen Bundeskanzler und seinen Außenminister richte ich die Aufforderung, nicht nur für die Gefühle unserer Nachbarländer Polen und Tschechien Verständnis aufzubringen, sondern in zumindest gleichem Maße für ihre eigenen Bürger.“²⁶ Selbst als unvoreingenommener Beobachter musste man den Eindruck gewinnen, als würde hier die Oberlehrerin den Schuljungen zurechtweisen.

²⁵ Vgl. Herfried Münkler, Unter Abwertungsvorbehalt. Vom Bombenkrieg bis zur Vertreibung: Seit einigen Jahren experimentiert Deutschland mit einer Politik des Opfers, in: Frankfurter Rundschau v. 24. 9. 2003.

²⁶ Erika Steinbach, Mit Menschenrechten Europa vollenden. Rede der BdV-Präsidentin zum Tag der Heimat am 6. September 2003 (Redemanuskript).